

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruck: Riefaer, Riefa, Grenzstr. 22.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpostamts Riefa.

Postkontos: Dresden 1539
Kontos Riefa Nr. 52.

Nr. 184.

Montag, 10. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demöglicher Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorräumlich, durch Abgabe oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerinseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Riefa & Winterlich, Riefa, Geschäftstele: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. v. T. Teichgraber, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riefa.

Die Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain.

In den deutschen diplomatischen Kreisen erwartet man, daß die Besprechungen zwischen Briand und Chamberlain höchstwahrscheinlich zu einer provisorischen Einigung zwischen England und Frankreich führen werden und daß die alliierte Antwort nunmehr im Laufe der kommenden Woche in Berlin überreicht werden wird. Nach der Beendigung dieser englisch-französischen Vorverhandlungen wird die Reichsregierung sowohl in London als auch in Paris diplomatische Schritte unternehmen, um noch vor der Wiederkehr der alliierten Antwort über die Abmachungen zwischen Briand und Chamberlain Klarheit zu gewinnen. Insbesondere wird die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit der alliierten Mächte auf die Tatsache lenken, daß Deutschland die alsbaldige Unterzeichnung mündlicher Verhandlungen wünscht und eine Fortsetzung des Notenverkehrs nicht für zweckmäßig halten würde.

Die Londoner Presse zu Briands Reise.

London. Anlässlich der für heute abend erwarteten Ankunft Briands hebt Morning Post in einem Leitartikel die Gemeinsamkeit zahlreicher französisch-deutscher Interessen hervor und erinnert beide Länder, ihre enge Zusammenarbeit fortzusetzen, nicht im Geiste der Feindschaft gegenüber Deutschland, sondern um eine gemeinsame Politik, die durch die gemeinsamen Interessen diktiert sei, zu verfolgen. Westminster Gazette spricht die Hoffnung aus, daß die morgige Zusammenkunft die Konferenz der Alliierten mit Deutschland beschleunigen oder daß sie zum mindesten zu einer Einladung an Stresemann führen werden, mit Chamberlain und Briand in Genf zusammenzutreffen, um das Problem des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu lösen. Der diplomatische Korrespondent des Daily Chronicle schreibt, der kurze Meinungsaustrausch, der nicht länger als drei Tage dauern werde, werde sich wahrscheinlich als die entscheidendste und wichtigste Besprechung erweisen, die seit dem Kriege stattgefunden habe.

Die Verhandlungen über die Entwaffnungsnote.

Von zutändiger Seite wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen über die Entwaffnungsnote der Völkerbundkonferenz, die zwischen der deutschen Kommission und den interalliierten Militärorganen begonnen haben, sich noch im Anfangsstadium befinden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die beteiligten Regierungen in diese Verhandlungen wiederholt einmischen werden und daß ein Ergebnis in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein wird. In Berlin hat man nämlich den Eindruck, daß die Entwaffnungsfrage erst dann in ein aktives Stadium eintritt, wenn die Erörterungen über den Sicherheitspakt zu einer Klärung geführt haben.

Die deutsch-russische Spannung.

Wie wir hören, wird Reichsaussenminister Dr. Stresemann in den nächsten Tagen eine Audienz mit dem russischen Botschafter in Berlin Krelink, haben, die sich auf die Politik Deutschlands gegenüber Rußland im Zusammenhang mit dem Sicherheitspakt und der Völkerbundfrage beziehen wird. Der deutsche Außenminister wird dabei sein Bestreben über die Auslösung Krelink gegenüber der französischen Presse zum Ausdruck bringen.

Die neue Zigarettensteuer.

10 Prozent Vandalensteuer und 9 Mark Gewichtsgehalt für jedes Kilo.
Der Reichstagsausschuß für Steuerfragen setzte am Montag die Beratung der Verordnung über die steuerliche Belastung der Zigaretten fort. Nach längerer Aussprache wurde die Verordnung in der Form der Regierungsvorlage angenommen. Diese Verordnung bringt eine Herabsetzung der Vandalensteuer von 40 auf 20 Prozent und führt neue die Materialsteuer von 9 Reichsmark für jedes Kilo ein.

Der Stand der Reparationszahlungen.

Seit Wiederaufnahme der Reparationszahlungen sind von Frankreich neue Beträge im Betrag von etwa 100 Millionen Mark abgeleistet worden; neue belastete Beträge erreichen nicht ganz 20 Millionen Mark. Von den sonstigen Reparationsempfängerstaaten hatte nur noch Rumänien innerhalb seines Kontingents Raum für neue Beträge, die inzwischen auch abgeschlossen worden sind. Die französischen Forderungen umfassen, wie das V. L. meldet, neben den bekannten Kohlen-, Stickstoff- und Farbstofflieferungen insbesondere Werkzeugmaschinen, Eisen und einzelne Fabrikeinrichtungen für Walzwerke, Brauereien usw.

Amerika und die Schuldnerstaaten.

Morning Post meldet aus Washington, die amerikanische Regierung werde einen erneuten Druck auf die amerikanischen Banken ausüben damit sie Ländern, die sich weigern, ihre Kriegsschulden zu regeln, keine weiteren Anleihen gemäßen.

Die Generaldebatte über die Zollvorlage.

Sozialdemokraten und Kommunisten machen das Haus beschlußunfähig.

Deutscher Reichstag.

abg. Berlin, 8. August.

Am Anschließ an die in unserer Sonnabend-Nummer veröffentlichte Funkspruch-Rede über die allgemeine Aussprache in der zweiten Lesung

der Zollvorlage

wird weiterberichtet:
Abg. Veritius (Ztr.) gibt als Vorsitzender des Handelspolitischen Ausschusses im Namen der Deutschnationalen Volkspartei, der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, in der er auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit der genannten Parteien und der Reichsregierung hinweist. Diese Parteien seien entschlossen, dem Geheiß der Regierung in der Fassung der Zollvorlage zustimmen und mit der Regierung die Verantwortung für das Gelingen der Vorlage zu übernehmen, solange die Forderungen von Erzeugern und Verbrauchern nicht erfüllt werden könnten. Eine endgültige Grundlage für langfristige Regelung unserer Handelsbeziehungen konnte noch nicht geschaffen werden. Der vorliegende Tarif sei ein Provisorium. Die gegenwärtig bestehende Zollfreiheit von Agrarprodukten für die Landwirtschaft war auf die Dauer nicht länger erträglich. Die Zukunft der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes hängt davon ab, daß die Zollvorlage in unserer Handelspolitik möglichst bald durch erhöhte Zölle abgelehnt werden. Auch die Industrie müßte einen ausreichenden Schutz erhalten. Ihr muß Arbeit und Beschäftigungsmöglichkeit verschafft werden. Bei der gewaltigen Zolllast des Auslandes sei dies nur möglich durch ein Schutzsystem, das durch seine Höhe die Gewinne bietet, das mit ihm am Verhandlungstische erfolgreiche Schritte in die Höhe zu ziehen der Vertragsgegner geleistet werden kann. Die Zollvorlage wird nicht nur eine Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft, sondern auch des deutschen Arbeitsmarktes bringen. Auch die Interessen der Verbraucher würden durch die Zollvorlage durch Maßnahmen zugunsten der Volksernährung und durch Herabsetzung der Umfansteuer. Eine durch die Zollvorlage hervorgerufene Verteuerung würde dadurch ausgeglichen. Eine Herabsetzung der Zölle sei möglich, wenn die wirtschaftliche Lage es erfordert. Erzeuger und Konsumenten befinden sich in einer Schicksalsgemeinschaft. Die Zollvorlage soll dem deutschen Volke eine bessere Zukunft bringen. (Weiß.)

Abg. Goerke (Komm.) lehnt die Zollvorlage als Ergebnis der Brutalität und Borniertheit ab.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) tritt für eine mögliche Herabsetzung der Zölle ein. Die Kontrakt unseres Volkes ist gering, daher ist auch die Lebenshaltung gering. Wir müssen exportieren. Daher müssen wir billig produzieren. Wir müssen aber auch die Rohstoffe billig herinbekommen. Die Hauptfrage ist, daß wir zu Handelsverträgen kommen. Solange die Staaten des alten Europa sich gegenseitig durch hohe Zollmauern abschließen, kann das alte Europa keine Stellung in der Welt nicht wieder erlangen. Die Staaten sollten beraten, wie sie die Zollmauern niederlegen können. Es bedarf mit Frankreich nicht nur einer politischen Verständigung durch einen Sicherheitspakt, sondern auch der wirtschaftlichen Verhandlung. Von diesem Zolltarif sei aber keine Verständigung zu erwarten.

Abg. v. Graefe (Wkt.) bedauert das Hervortreten von Interessentenwünschen im Zolltarifausschuß. Das Marken und Preisen der einzelnen Verbände sei ein abstoßendes Bild gewesen. Die Sondier der großen Verbände gehören nicht in den Reichstag. Ein Abgeordneter habe nicht die Interessen eines Industriezweiges zu vertreten, sondern die Interessen des gesamten Volkes. Beim Zolltarif fehlte die Hand des Reichers, so daß ein Wertverlust entstand. Der Zolltarif solle ein Schutz der Arbeit sein. Ein Grundfehler sei die unterschiedliche Behandlung von Getreide und Vieh gewesen. Der Redner erklärt sich für die Zollvorlage, wenn die Mindestzölle für Getreide wieder eingesetzt werden und die Umsatzsteuer für inländische Lebensmittel aufgehoben wird. Der Redner empfiehlt weiter eine Entschleunigung, in der Maßnahmen gefordert werden, um die Spanne zwischen Erzeugern und Kleinhandelspreisen zu vermindern.

Um 14 Uhr beantragt Abg. Dittmann (Soz.) Vertagung und bezweifelt zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen den Saal. Durch Abgabe von weißen Karten wird festgestellt, daß 214 Abgeordnete anwesend sind. Es fehlen also 8 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Vizepräsident Nieker beraumt eine neue Sitzung für eine halbe Stunde später an.

Schluss 3 Uhr 43 Minuten.

Die neue Sitzung.

Um 4 Uhr 15 Min. eröffnet Vizepräsident Dr. Nieker die neue Sitzung. Die Regierungsparteien sind stark vertreten.

Die allgemeine Aussprache wird fortgesetzt. Abg. Rippel (Dem.) wendet sich gegen den Vorwurf der Linken die Rechte über die Taktik des Schwelgers. weil

keine Gründe habe. Er erklärt, die Sozialdemokratie wolle nur durch lange Reden die Zeit verschlingen. Jetzt komme es aber auf Taten an. Als deutschnationaler Vertreter einer künftigen Arbeiterbevölkerung sei er keineswegs der Ansicht, daß die Zollvorlage ein Unglück für den Arbeiter sei. Freier Handel und Schuttsoll seien keine Prinzipien, sondern reine wirtschaftliche Zweckmäßigkeitsfragen. Erforderlich sei der Schutz der nationalen Arbeit und der nationalen Wirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Nur die aktive Handelspolitik könne eine neue Inflation verhindern. Die Sozialdemokraten Calwer, Schippel und Max Cohen seien ebenfalls Anhänger des Schuttsolls (Geldsack links). Wir wollen, so erklärt der Redner, Teuerung und Hungerdnot vom deutschen Volke fernhalten, darum wollen wir die Produktion steigern, um vom Auslande unabhängig zu werden. (Sozial rechts.) Als der Redner eine Bemerkung gegen die Linke richtete, und von den wohlvorbereiteten und erdachten Reden der Linken im Ausschuss sprach, entfiel dort ein unglücklicher Zufall. Die Kommunisten erhoben ein wildes Geschrei und verhinderten den Redner am Weiterreden. Das Brüllen und Jochen dauerte minutenlang an. Der Redner verließ verärgert seine Rede fortzusetzen und verließ schließlich unter lautem Geschrei der Kommunisten die Rednertribüne.

Vizepräsident Nieker hat inzwischen verabschiedet, Ruhe zu schaffen. Er wies schließlich den Abg. Neuhäuser (Komm.) aus dem Saal und unterbricht, da dieser sich weigert, den Saal zu verlassen, die Sitzung auf 5 Minuten.

Um 5 Uhr 10 Minuten eröffnet Vizepräsident Dr. Nieker wiederum die Sitzung und stellt fest, daß der Abg. Neuhäuser inzwischen den Saal verlassen hat. Der Vizepräsident beraumt darauf die neue Sitzung zu 10 Uhr an. Um 6 Uhr eröffnet Vizepräsident Dr. Nieker wiederum die Sitzung und erteilt dem Abg. Rippel (Dem.) wegen der Bemerkung von den brüllenden Rednern des Ausschusses eine Klage.

Abg. Dittmann (Soz.) beantragt erneut Vertagung und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten verlassen wiederum den Saal. Durch Abgabe von Karten wird die Präsenz des Hauses festgestellt. Es werden 214 Karten von den Regierungsparteien und den Demokraten abgegeben. Das Haus ist also beschlußfähig. Die sachliche Beratung wird fortgesetzt.

Abg. Ehrhardt (Zentr.) befürchtet, daß wir vor einer industriellen Krise arbeiter Ar. stehen. Wenn die Industrie heute allgemein politisiert gehalten werde, müßten viele Industriezweige in kurzer Zeit zum Stillstand kommen. Dann würde die Arbeitslosigkeit unheimlich groß sein. Die Notwendigkeit, die deutsche Landwirtschaft zu erhalten, werde kaum ernstlich bestritten. Bei den Zolltarifen habe man eine mittlere Linie gefunden. Das Zentrum mache die als richtig erkannte Zollpolitik, weil es für sie praktisch und sachgemäß halte. Die Preispanne zwischen Erzeugern und Konsumentenpreise müsse verringert werden. Das Zentrum halte eine mäßige Schutzpolitik für die deutsche Industrie für notwendig, weil durch Defizite, Revolution, Inflation und Deflation große Industriezweige technisch zurückgefallen sind und auch wegen der großen Kapitalnot und der hohen Zinsen. Mit den hohen autonomen Zöllen sei das Zentrum einverstanden, weil durch sie das Ziel verfolgt werde, auf einen Abbau der hohen Zölle anderer Länder hinzuwirken. Auch ein mäßiger landwirtschaftlicher Schutz soll erforderlich sein. Das Zentrum habe sich bei seiner Haltung auch auf die Mehrheit des Enquete-Ausschusses. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Das Haus vertagt sich auf Montag 10 Uhr, Weiterberatung.

Schluss gegen 18 Uhr.
Abg. Rippel (Dem.) bittet um die Feststellung, daß er seine Rede zu Ende geführt habe.

Die Fehlenden.

Aus Kreisen der Regierungsparteien wird mitgeteilt: Bei der ersten namentlichen Feststellung der Anwesenden, die gelegentlich der Generaldebatte über die Zollvorlage am Sonntag im Reichstag stattfand, schieden auf Seiten der Anhänger der Vorlage: Vom Zentrum 23, von der Deutschen Volkspartei 3, von der Wirtschaftlichen Vereinigung 6, von den Nationalsozialisten 5, von der Deutschnationalen Volkspartei 8 Abgeordnete.

Insgesamt waren 214 Abgeordnete anwesend, also 2 Abgeordnete zu wenig. Die Sozialdemokraten und Kommunisten erreichten damit ihren Zweck, das Haus durch Verlassen des Saales beschlußunfähig zu machen. Daß dies hätte vermieden werden können, ergab die in der zweiten Sitzung erfolgende zweite namentliche Feststellung der Anwesenden, die gleichfalls unter Vorsitz der Sozialdemokraten und Kommunisten durch Saalverlassen — 232 Anwesende, also ein beschlußfähiges Haus ergab. Rehnliche Abstimmungen sind in der nächsten Sitzung käuflich möglich. Jeder Abgeordnete der Mehrheit, der nicht bereit ist, krank ist, sollte sich darauf einrichten. Nebenbei ist in all den Tagen noch nicht erschienen ist der deutschnationale Abg. Werner-Gieseler.